

Frankreich vor den Wahlen 2022

KLIMA- UND
UMWELTSCHUTZSo denkt Frankreich vor den
Präsidentschaftswahlen 2022Simon Persico
März 2022FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Wie prominent Umweltthemen in Frankreich künftig sein werden, hängt bei den Präsidentschaftswahlen 2022 vor allem von zwei Faktoren ab: der Sichtbarkeit im Wahlkampf und dem Abschneiden des Kandidaten der französischen Grünen (*Europe Écologie-Les Verts*, EELV), Yannick Jadot. Die Wahlchancen der Kandidat_innen und Parteien, die bei den Wähler_innen mit einem bestimmten Thema verknüpft sind, hängen vor allem von der Sichtbarkeit dieser Themen im Wahlkampf ab. Dabei ist die EELV bei Umweltthemen aus Wählersicht am glaubwürdigsten.¹ Politikwissenschaftler_innen bezeichnen die Assoziation einer Partei mit einem Thema als *issue ownership* – Umweltthemen gelten bei den Grünen als Kernkompetenz. Zudem hat die Sichtbarkeit von Umweltthemen im Wahlkampf großen Einfluss darauf, welche Umweltpolitik in den folgenden fünf Jahren in Frankreich gemacht wird – unabhängig von der Person, welche die Wahl gewinnt. Die Politikwissenschaft hat gezeigt, dass die Umsetzung einer bestimmten Politik nicht zuletzt davon abhängt, wie prominent dieses Thema im Wahlkampf war und welche Priorität es bei den Wahlberechtigten genießt.²

In den unterschiedlichen Durchgängen der Umfrage *Fracture française*³ konnte man sich ein gutes Bild davon machen, wie wichtig Umweltthemen für die Wahlberechtigten sind. Zudem liefert sie wertvolle Informationen darüber, wie sich die öffentliche Meinung, die in der Mehrheit ein entschlossenes Handeln in Sachen Umweltschutz befürwortet, in diesem Bereich zusammensetzt. Und sie beleuchtet die gesellschaftlichen und politischen Aspekte dieser ökologischen Werte. Schließlich hilft die Umfrage, die Beweggründe der verschiedenen politischen Kräfte bei diesem

Thema zu verstehen, und warum sie beim Kampf gegen die Umweltkrise mehr oder weniger starke Positionen vertreten. Die Covid-Krise und der Krieg in der Ukraine seit Februar 2022 mögen die politische Agenda durcheinandergebracht haben, aber der Kampf um Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Themen Einwanderung und Unsicherheit auf der einen Seite und Klimafragen auf der anderen Seite ist dadurch nicht beendet.

**MEHR ALS EINEM DRITTEL DER BEFRAGTEN
PERSONEN IST DIESES THEMA BESONDERS
WICHTIG**

Zunächst gilt der Umweltschutz als einer der wichtigsten Themenbereiche: Für 40 Prozent der Befragten des Durchgangs der *Fracture française*-Umfrage im August 2021 zählt der Umweltschutz zu den drei bedeutendsten Themen, knapp hinter dem Sozialsystem (42 %), aber vor Kriminalität, Kaufkraft und Zuwanderung, die ebenfalls einen hohen Stellenwert einnehmen (siehe Tabelle 1). Diese Rangfolge in den Prioritäten der Bevölkerung ist relativ neu. Die meisten Umfragen zeigen, dass die Bedeutung des Umweltschutzes seit 2018/2019 zugenommen hat. Seitdem gab es viele Aktionen zum Klimaschutz und der wissenschaftliche Konsens zur Schwere der Umweltkrise wurde weithin bekannt.⁴ Natürlich konnten die Covid-Krise (und die Krise des Gesundheitssystems), der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf die Kaufkraft in den Augen der Wählerschaft zumindest vorübergehend eine größere Bedeutung erlangen. Die Umwelt bleibt jedoch auch in den jüngsten Umfrage-Durchgängen unter den drei wichtigsten Themen.

1 Abou-Chadi, Tarik (2016): »Niche party success and mainstream party policy shifts – How green and radical right parties differ in their impact«, in: *British Journal of Political Science*, Ausgabe 46, Nr. 2, April 2016, S. 417–436; ODOXA (2021): *Meilleur candidat, image et rôle des écologistes*, September 2021.

2 Moniz, Philip / Wleziën, Christopher (2021): »Issue salience and political decisions«, in: *Oxford Research Encyclopedia of Politics*, 28. September 2021.

3 Ipsos/Sopra Steria (2021): *Fractures françaises (Spaltungen in Frankreich)*, 8. Durchgang, Umfrage für Le Monde, La Fondation Jean Jaurès, L'Institut Montaigne und CEVIPOF, August 2021.

4 Evrard, Aurélien / Persico, Simon (2021): « Entre relance verte et variable d'ajustement : les effets contradictoires de la Grande Récession sur les politiques environnementales », in: Hassenteufel, Patrick / Saurugger, Sabine (Hrsg.): *Les Politiques publiques dans la crise*, Paris, Presses de Sciences Po, S. 297–329.

Tabelle 1

Themen, um die sich die befragten Personen am meisten Sorgen machen (in %)⁵

Zukunft des Sozialsystems	42
Umweltschutz	40
Kriminalität	38
Nachlassende Kaufkraft	36
Zuwanderung	32
Terroristische Bedrohung	26
Zunehmende soziale Ungleichheit	24
Bildungssystem	15
Arbeitslosenquote	13

EINE VERSCHLECHTERUNG DER POSITIONEN BEI KLIMAWANDEL UND UMWELT

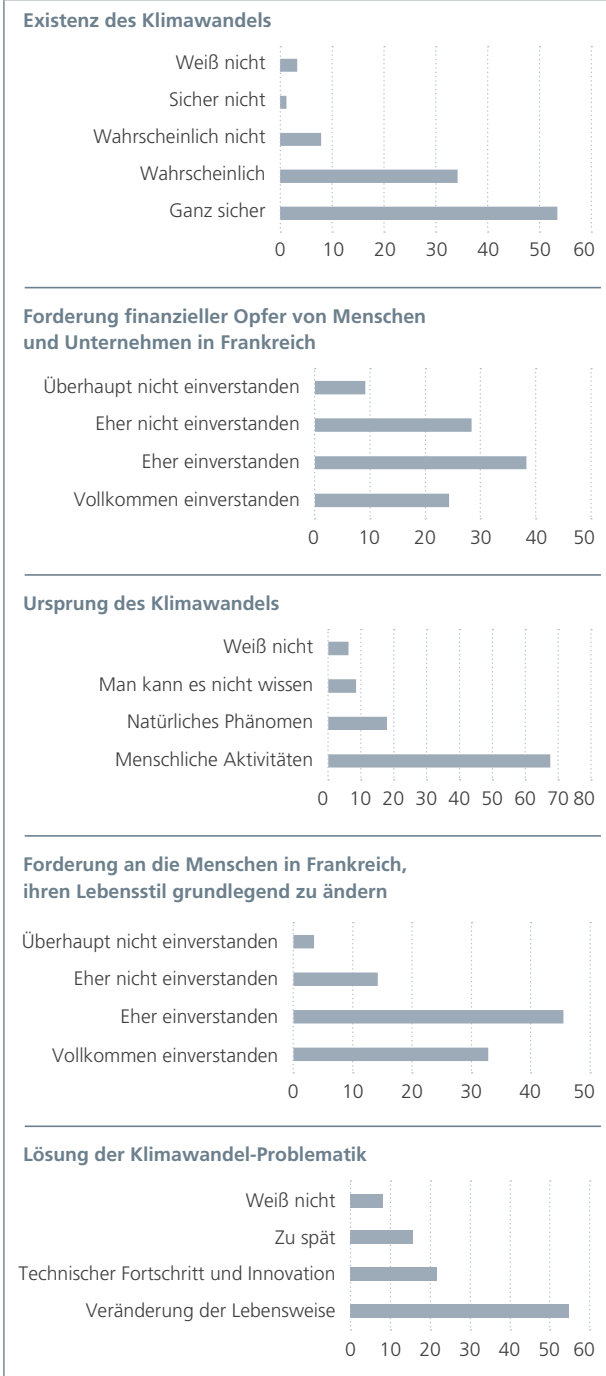
Tatsächlich wird der Klimawandel von der französischen Bevölkerung kaum noch bestritten, wie Abbildung 1 zeigt: 88 Prozent der befragten Personen sind der Meinung, dass wir uns inmitten einer Klimaerwärmung befinden, neun Prozent glauben das nicht und drei Prozent erklären, es nicht zu wissen. Auch darüber, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht wird, herrscht weitgehende Einigkeit, obwohl diese Position weniger einhellig vertreten wird als in der Wissenschaft. 68 Prozent der befragten Personen glauben, dass die Erwärmung vor allem auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist, für 18 Prozent handelt es sich um ein natürliches Phänomen und 13 Prozent erklären, sie wüssten es nicht oder man könne es nicht wissen.

Die Umfrage zeigt zudem, dass die meisten Menschen in Umweltfragen mit den Positionen von Umweltschützer_innen übereinstimmen. 78 Prozent von ihnen sagen: »Die Regierung muss schnell energische Maßnahmen gegen die ökologische Notlage ergreifen, selbst wenn die Franzosen dadurch ihren Lebensstil grundlegend ändern müssen.« 63 Prozent meinen, dass die Regierung diese Maßnahmen ergreifen sollte, »selbst wenn es bedeutet, dass die Menschen und Unternehmen in Frankreich finanzielle Einbußen erleiden«.

Wenn es darum geht, wie der Klimawandel bekämpft werden soll, wird der Unterschied zu den Positionen der Umweltschützer_innen deutlich, die technischen Lösungen oft kritisch gegenüberstehen: 23 Prozent der befragten Personen sind der Meinung, dass »vor allem der technische Fortschritt und wissenschaftliche Innovationen zu Lösungen führen«, während 53 Prozent annehmen, dass »vor allem eine umfassende Umstellung unserer Lebensweise« erforderlich sei. 16 Prozent sind der Auffassung, dass man nichts mehr tun könne, weil es schon zu spät sei, und acht Prozent erklären, sie wüssten es nicht. Dieser hohe Anteil an Unsicherheit ist – im Unterschied zu anderen Themenbereichen – auch bei weiteren Umweltthemen feststellbar.

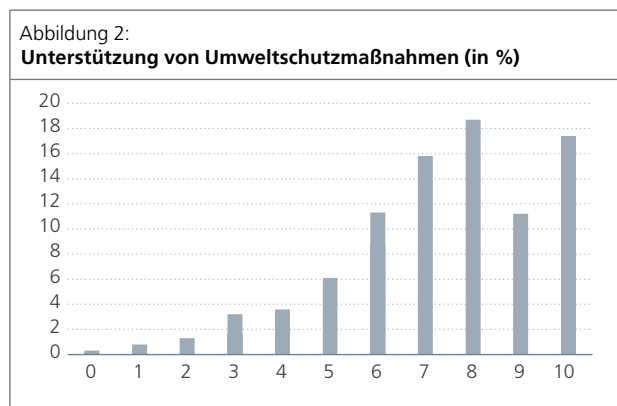
⁵ Gefragt wurde: »Welche drei Themen bewegen Sie persönlich am meisten?«, gefolgt von einer Liste mit neun Themenfeldern.

Abbildung 1: Meinungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel (in %)



Diese Grafiken zeigen, dass viele Menschen den Umweltschutz positiv sehen, der Anteil aber je nach Fragestellung schwankt: Geht es um die Existenz des Klimawandels, sind sich fast alle einig. Eine deutliche Mehrheit findet zudem, dass die Regierung schnelle und energische Maßnahmen ergreifen müsse. Bei finanziellen Einbußen für die Menschen und Unternehmen in Frankreich halten sich Zustimmung und Ablehnung hingegen die Waage. Trotz dieser Unterschiede sind die Antworten in sich schlüssig. So sind Personen, die finanzielle Einschränkungen befürworten, meist auch diejenigen, die die Existenz des Klimawandels bejahen und dessen Ursache beim Menschen sehen. Durch die Kombination der verschiedenen Fragen lässt sich somit eine Rangfolge der Unterstützung

für Umweltmaßnahmen erstellen, deren Verteilung in Abbildung 2 dargestellt wird. Die Wertung reicht von 0 für Personen, die sich zum Umweltschutz überall ablehnend äußerten, bis 10 für Personen, die alle Fragen bejahten. Die durchschnittliche Punktzahl bei der Umfrage *Fractures françaises* lag bei 7,4.



UMWELTSCHUTZ: DIE SOZIOLOGISCHEN FAKTOREN

Eine Analyse der Faktoren für die Unterstützung ökologischer Maßnahmen bestätigt die klassischen Ergebnisse in Bezug auf ökologische Werte. Tabelle 2 zeigt, dass das Umweltbewusstsein stark altersabhängig ist: Die jüngsten befragten Personen erzielen einen überdurchschnittlichen Wert (8,0 gegenüber dem Durchschnitt von 7,4). Gleichzeitig ist die Zustimmung zum Umweltschutz auch vom Bildungsniveau abhängig: So lagen die befragten Personen mit Abitur und einer dreijährigen akademischen Ausbildung (frz.: »Bac + 3«) im Durchschnitt bei 7,9 Punkten und damit fast einen ganzen Punkt über denjenigen ohne Abitur.

Andere soziologische Faktoren wie das Geschlecht scheinen eine geringere Rolle zu spielen, da die Werte von Frauen und Männern sich kaum unterscheiden (7,5 bzw. 7,4 Punkte). Auch der Lebensstandard fällt offenbar kaum ins Gewicht: Nur Personen mit einem Monatseinkommen zwischen 3.000 und 4.499 Euro weisen einen überdurchschnittlichen Wert auf (7,7). Bei den anderen Einkommensgruppen zeigt sich, dass am oberen Ende der Skala (Monatseinkommen über 4.500 Euro) und am unteren Ende (Monatseinkommen unter 1.200 Euro) jeweils ein Durchschnittswert von 7,4 erzielt wird – es besteht also kein Unterschied. Hinsichtlich des Wohnorts unterscheiden sich die Ergebnisse geringfügig: Menschen aus Ballungsgebieten oder ländlichen Gegenden erzielen höhere Werte als Personen aus kleineren Städten.

Tabelle 2:
Unterstützung für Umweltschutzmaßnahmen nach soziologischen Faktoren

Geschlecht	Frauen	7,5
	Männer	7,4
Alter	18–24 Jahre	8,0
	25–34 Jahre	7,5
	35–44 Jahre	7,4
	45–59 Jahre	7,4
	60 Jahre und älter	7,3
Bildungsniveau	Ohne Abschluss, mit Berufsausbildung o. Ä. (Brevet, CAP, BEP)	7,0
	Abitur	7,5
	Abitur + zweijähriges Studium (Bac + 2)	7,6
	Abitur + dreijähriges Studium (Bac + 3)	7,9
Monatseinkommen	unter 1.200 Euro	7,4
	1.200 bis 2.999 Euro	7,3
	3.000 bis 4.499 Euro	7,7
	über 4.500 Euro	7,4
Wohn- gegend	Ballungsraum	7,5
	Vorstädte	7,4
	Stadtrandgebiete	7,3
	Ländliche Gegenden	7,6
Gesamt		7,4

UMWELTSCHUTZ IN DER POLITIK

Neben den soziologischen Faktoren hängt die Unterstützung des Umweltschutzes auch von der Position der Befragten zu anderen Themen in der öffentlichen Debatte ab. Dieser Zusammenhang zwischen Umweltschutz und anderen politischen Konflikten – wie Europa, Identität und Zuwanderung oder dem Einfluss des Staates in der Wirtschaft – ist nicht neu, wird in der Umfrage aber erneut sehr deutlich. Dies gilt insbesondere für die drei wichtigsten Themen der Befragten: Personen, die dem Umweltschutz besondere Bedeutung beimessen, nennen eher gesellschaftliche Ungleichheit oder die Zukunft des Bildungssystems als weitere wichtige Themen und weniger Kriminalität, Zuwanderung oder terroristische Bedrohung.

Dieses Verhältnis wird auch in Tabelle 3 deutlich, in der die durchschnittlichen Ergebnisse zum Umweltschutz zur Position der Befragten gegenüber anderen Themen ins Verhältnis gesetzt werden. Personen, die den Aufbau Europas befürworten, gegenüber Ausländern in Frankreich aufgeschlossen sind, dem Islam tolerant gegenüberstehen und den Eingriff des Staates in die Wirtschaft befürworten, sind in Umweltfragen engagierter als diejenigen, die bei diesen Themen eine gegensätzliche Meinung vertreten. Es zeigt sich, dass Unterschiede in den ideologischen Präferenzen größere Auswirkungen haben als Unterschiede in Bezug auf soziale Gruppen (abgesehen von Alter und Bildungsniveau).

Die Verteilung der Meinungen zum Umweltschutz nach Werten entspricht dabei auch der Verteilung nach politischen Parteien oder Wahlverhalten. Diejenigen, die EELV nahestehen, erzielen sehr hohe Werte bei der Unterstützung von Umweltschutzmaßnahmen (8,7); gefolgt von der extremen Linken (8,3) sowie der Partei des Präsidenten Emmanuel Macron, *La République en Marche* (LREM), und *Mouvement Démocrate* (MoDem) mit 7,7. Knapp dahinter liegen die kommunistische Partei (PCF) und die links-populistische *La France insoumise* (LFI) mit 7,6 sowie die *Parti Socialiste* (PS) mit 7,5. Die Unterstützer_innen der rechten Parteien erzielen hingegen niedrigere Werte: 6,9 sowohl für den *Rassemblement National* (RN) von Marine Le Pen als auch für die gaullistische Partei *Debout la France* (DLF). Dazwischen liegen die *Républicains* (LR) und die zentristische *Union des Démocrates et Indépendants* (UDI) mit 7,1. Diese Meinungslandschaft verdeutlicht, woran die politisch Verantwortlichen ihre Grundsatzprogramme und ihre Kommunikation ausrichten.

Tabelle 3:
Zusammenhang zwischen politischer Einstellung und Unterstützung für den Umweltschutz

Aufbau Europas	EU ist gut	7,9
	EU ist schlecht	7,2
Anzahl Ausländer in Frankreich	Nicht zu viele Ausländer	7,9
	Zu viele Ausländer	7,2
Vereinbarkeit des Islam mit französischen Werten	Islam ist vereinbar	8,0
	Islam ist nicht vereinbar	7,0
Rolle des Staates in der Wirtschaft	Rolle des Staates stärken	7,9
	Rolle des Staates einschränken	7,1
Nähe zu Parteien	Extreme Linke	8,3
	LFI-PCF	7,6
	EELV	8,7
	PS	7,5
	LREM-MoDem	7,7
	LR-UDI	7,1
	DLF-RN	6,9
	Keine Partei	7,2
Gesamt		7,4

Zwar ist nicht klar, ob der Wandel im politischen Diskurs nur eine Kommunikationsstrategie ist oder tatsächlich ein Meinungsumschwung stattgefunden hat, aber bei den Parteien, die sich der Mitte oder der linken Seite des politischen Spektrums zugehörig fühlen, hat sich das Verhältnis zum Umweltschutz verändert. Davon zeugt der sehr antiproduktivistische Diskurs zu Umweltschutzthemen in der Partei *La France Insoumise*,⁶ die in diesem Punkt der EELV sehr nahe-

kommt. Auch in der *Parti Socialiste* nehmen Positionen, die den Umweltschutz befürworten, immer mehr Raum ein.⁷

Ähnliches gilt auch für *La République en Marche*. Wie ernst es den Parteien mit diesen Überzeugungen ist, zeigt sich jedoch in ihrer Politik, und die ist alles andere als eindeutig: Einerseits wurde das Projekt »Flughafen Notre-Dame-des-Landes« aufgegeben, andererseits wurde die Zulassung von Glyphosat verlängert. Einerseits wurde die »ungefilterte« Umsetzung der Vorschläge aus dem Bürgerkonvent für das Klima versprochen, andererseits wurden die meisten dieser Vorschläge ein paar Monate später wieder aufgegeben.⁸ Die Umfrage *Fractures françaises* zeigt die weite Verbreitung ökologischer Werte in der französischen Gesellschaft, daher ist die Entscheidung nachvollziehbar, dieses Themenfeld nicht ausschließlich den Grünen zu überlassen. Aber ebenso wie unter den Vorgängerregierungen der *Républicains* oder der *Parti Socialiste* wird die Politik des ökologischen Wandels während der Präsidentschaft Emmanuel Macrons den Anforderungen der Wissenschaftler_innen nicht einmal ansatzweise gerecht.

Und dann sind da noch die Rechten und extremen Rechten, die ein Interesse an Umweltthemen noch nicht einmal mehr heucheln. Als Beleg mögen hier die Fernsehdebatten zu den parteiinternen Vorwahlen der *Républicains* gelten, in denen diese Themen schlicht nicht vorkamen. Ein weiterer Beleg ist auch, dass die Kandidat_innen dieser Parteien, wenn sie zu Umweltthemen befragt werden, stets die Politik zur Bekämpfung des Klimawandels – zum Beispiel die Entwicklung der Windenergie – infrage stellen, obwohl hierüber ein breiter politischer Konsens besteht. Zudem zeigt sich die neue Feindseligkeit der mehr oder weniger radikalisierten Rechten gegenüber Umweltfragen auch in anderen Bereichen: In Schriften und Äußerungen positioniert sich Éric Zemmour, Präsidentschaftskandidat der extrem rechten Partei »Reconquête!« gegen »ein Frankreich, das sich vor der großen Erwärmung fürchtet«, und stellt diesem ein Frankreich entgegen, »das Angst vor der großen Deklassierung und dem großen (Bevölkerungs-)Austausch hat«, als dessen politischer Vertreter er sich betrachtet.⁹

All dies ist Ausdruck des deutlichen Willens der Rechten, sich gegen die Ökologie und auch die Wissenschaft in diesem Bereich zu positionieren. Dieses Phänomen ist in den USA seit zwanzig Jahren zu beobachten und wurde durch die Präsidentschaft Donald Trumps noch verstärkt. Die französische Parteienlandschaft war davon bisher nicht

⁷ Man muss nur die strategische Argumentation der Partei mit dem Titel *Social, Écologie, (mais aussi) République* [Soziales, Umweltschutz, (aber auch) Republik] lesen, um zu verstehen, dass die PS ihre alten Lehren weder vollständig abgestreift hat, noch ein interner Konsens besteht. Darin findet sich im Wesentlichen eine Kritik an den »extremistischen Auswüchsen der Umweltbewegung«, die verdeutlicht, dass man bei der Bewältigung der Umweltkrise nicht zu radikal vorgehen will.

⁸ Guibert, Géraud (2021): « La transition écologique est-elle soluble dans la démocratie citoyenne ? », in: *Futuribles*, Nr. 445, Oktober 2021, S. 33–43.

⁹ Zemmour, Éric (2020): »Das Frankreich, das sich vor der großen Erwärmung fürchtet, gegen das Frankreich, das vor der großen Deklassierung Angst hat«, in: *Le Figaro*, 18. Dezember 2020.

⁶ Cervera-Marzal, Manuel (2021): *Le Populisme de gauche. Sociologie de la France insoumise*, Paris, La Découverte.

betroffen, aber das scheint nun vorbei zu sein. Umweltthemen sorgen für immer mehr Konflikte. Zweifellos schöpfen die Wählerschichten, die sich um die Umwelt sorgen, aus diesen Konflikten Hoffnung. Der Krieg in der Ukraine hat die Frage der Energiepolitik und der Abhängigkeit unserer Volkswirtschaften von fossilen Brennstoffen wieder in den Vordergrund gerückt. Der Rahmen für diese Fragen kann auf die ökologische Transformation - hin zu einem sparsamen Umgang mit Energie - ausgerichtet sein, auch wenn rein geostrategische Überlegungen - das russische Gas durch amerikanisches zu ersetzen - ebenfalls vorherrschen können. In jedem Fall könnten lebhaftere Debatten über die Bewältigung der Umweltkrise Klima- und Umweltthemen stärker in der Wahlagenda in den Vordergrund rücken. In dieser Hinsicht ist der Unterschied zwischen den Wahlkampagnen in Frankreich und Deutschland frappierend. Die Fünfte Republik führt zu Wahlkämpfen, die sehr stark auf das Rennen der »kleinen Pferde« ausgerichtet sind, und dies auf Kosten der inhaltlichen Debatten. Dies führt zu einer sehr unvollständigen Darstellung der öffentlichen Politik, insbesondere wenn diese komplex und übergreifend ist, wie es bei Umweltfragen der Fall sein kann. Wo die Möglichkeit einer Koalition die politischen Akteure dazu zwingt, während des Wahlkampfs präzise und nuancierte Positionen zu vertreten, führt die Personalisierung des politischen Systems in Frankreich dazu, dass sich die Kandidat_innen eher allgemein zu dem Thema positionieren. Und das erschwert es, dass die gesellschaftliche Mehrheit, die umweltpolitisches Handeln befürwortet, sich auch in Wahlergebnissen niederschlägt.

Der Artikel wurde zunächst auf Französisch unter dem Titel « L'écologie dans l'opinion publique française à la veille de la présidentielle 2022 » in dem von Antoine Bristielle herausgegeben Buch *Que veulent les Français? L'opinion publique dans tous ses états*, Fondation Jean-Jaurès, L'aube, 2022 veröffentlicht.

AUTOR

Simon Persico ist Universitätsprofessor an der Sciences Po Grenoble. Er ist Spezialist für politische Parteien und Umweltpolitik.

KONTAKT

Fondation Friedrich-Ebert

41 bis, bd. de la Tour-Maubourg 75007 | Paris | France

Tel. +33 (0)1 45 55 09 96

Fax: +33 (0)1 45 55 85 62

<https://paris.fes.de>

fes@fesparis.org

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Delaporte, Arthur

Die Erneuerung der französischen sozialistischen Partei

Interne Demokratie und Mobilisierung der Aktivist*innen
Paris, März 2022

Lebourg, Nicolas

In Ablehnung vereint?

Rechte Parteien in Frankreich und ihr Blick auf die Europäische Union (Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, März 2022

Tiberj, Vincent

Rechtswende in Frankreich

Gibt es sie wirklich?
(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, Februar 2022

Peltier, Jérémie

Müde Gesellschaft

Ein psychisches und politisches Porträt (Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, Februar 2022

Lefebvre, Maxime

Europäische Souveränität: Kommentar zu den Ergebnissen der Umfrage in Frankreich
Berlin, 2022

Europäische Souveränität

Analysen zu einer Umfrage
Paris, Juli 2021

Andolfatto, Dominique

Gewerkschaften und sozialer Dialog

Frankreichs Erfahrungen während der Pandemie
Paris, Juni 2021

Maaß, Gero

Rolle vorwärts nach Corona

Können die europäischen Wiederaufbauprogramme in eine Fortschrittskultur münden?
Paris, 2021

Kollektiv OPD2020

Deliberative Demokratie und Ökologie

Eine Bestandsaufnahme des französischen Bürger_innenkonvents zum Klimaschutz
Paris, April 2021

Schreiber, Benjamin

Gewerkschaftsmonitor Frankreich

Paris, März 2021

Caroline Roussy

Frankreich im Sahel

Warten auf die Europäische Union?
Paris, März 2021

Stern, Verena

Die Profiteure der Angst? Europa

Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise in Europa ; Ein Überblick
Berlin, 2021

IPSOS-Studie für die Jean-Jaurès-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung

Europäische Souveränität: Fokus Frankreich
Paris, Februar 2021

Nicolas Leron

Regionale Ungleichheit in Frankreich

Debatten und politische Empfehlungen
Paris, Januar 2021

Bruno Ducoudré, Mathieu Plane, Raul Sampognaro und Xavier Timbeau

Frankreichs Recovery-Strategie

Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?

Borgnäs, Kajsa; Kellermann, Christian

Deutschlands Recovery-Strategie

Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?

Hadrien Clouet und Catherine Vincent

Home Office in Frankreich

Erfahrungen während der Pandemie
Paris, November 2020